

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
an letzterem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Eltville-Oestrich

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.50
(ohne Frachtposten oder Postgebühren.)
Inseratenpreis pro sechsspaltige Petitzeile 20 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Expeditionen: Eltville und Oestrich.

= Grösste Abonnentenzahl =
aller Rheingauer Blätter.

Druck und Verlag von Adam Effenne in Oestrich.
Journale Nr. 88.

Grösste Abonnentenzahl in der
Stadt Eltville und Umgebung.

Nr 153

Dienstag, den 24. Dezember 1918

69. Jahrgang

Die nächste Nummer gelangt der
hehren Weihnachtstage wegen erst
am Samstag nachmittag zur Ausgabe.

Ämtlicher Teil.

Leitfäße

für die bei der baupolizeilichen Genehmigung von
Leichtbauten während der Zeit der Uebergangs-
wirtschaft in Orten, in denen Wohnungsbedarf
besteht, zu stellenden Anforderungen.

1. Einfamilienbaracken (sog. Wohnlauben).

Die Errichtung von Einfamilienbaracken (Wohnlauben)
wird, sofern sonstige polizeiliche Bedenken nicht entgegenstehen,
auch auf Grundstücken zugelassen sein, die nicht an einer
im Bebauungsplan vorgesehenen Straße belegen sind.
Die Einfamilienbaracken können bei einheitlicher Aus-
führung zu zwei unter demselben Dache als Doppelbau
aneinander gebaut werden, dürfen aber an andere Arten
von Bauweisen nur dann angelegt werden, wenn letztere
an der Anbaustelle eine Brandmauer haben.

Jede Einfamilienbaracke muß einen Abort erhalten.

Von der Anlage besonderer Einrichtungen zur Beseiti-
gung der Abfallstoffe kann abgesehen werden, wenn die
unbebaute Fläche, für die Verwertung der Abfallstoffe in
Betracht kommende Grundstücksfläche mindestens 150 qm
Größe hat.

Als Unterlagen für den Antrag auf Erteilung der
Bauverlaubnis werden im allgemeinen genügen: ein Lageplan,
eine Skizze des geplanten Baues und eine kurze Beschreibung
des Bauvorhabens. Die Bauverlaubnis darf nur auf Zeit,
und zwar in der Regel auf höchstens 5 Jahre, erteilt werden.
Eine längere Benutzungsdauer ist nur dann zu gestatten,
wenn nach Ablauf der 5 Jahre die Laubenbewohner nach-
weisen, daß sie anderwärts eine feste Wohnung haben. Eine
einmalige polizeiliche Abnahme des Baues, und zwar vor
seiner Ingebrauchnahme, erscheint ausreichend.

In der Bauart eingeschlossener Einfamilienbaracken
kann weitgehende Freiheit von Vorschriften der Bauordnungen
gewährt werden; nur werden trockene Lage des Fußbodens,
Standfestigkeit der Wände, Widerstandsfähigkeit gegen Wetter
und Temperatur und Dichtigkeit der Dachbedeckung allgemein
zu fordern sein.

Sodern zweigeschossige Baracken für denselben Zweck
(d. h. nur für eine Familie) zur Anwendung kommen, sind
die technischen Bestimmungen der Sonderbauordnung für
Kleinhäuser zu beachten.

Werden Wohnlauben als eine einheitliche Siedlung durch
einen Unternehmer errichtet, gelten für diese Siedlung die
Vorschriften unter 2 über die Zufahrt und die Wasserver-
sorgung.

2. Wohnbaracken für zwei und mehr Familien.

Wohnbaracken für zwei und mehr Familien dürfen
nur auf solchen Grundstücken errichtet werden, die eine ge-
sicherte Zufahrt für die Feuerwehr besitzen.

Die Zahl der bewohnten Geschosse ist auf 2 zu beschränken.
Für die Gründung ist Mauerwerk nicht vorgeschrieben,
auch eine gesicherte Fundierung aus Pfählen (in Holz oder
anderem Material) ist zugelassen; doch muß gefordert werden,
daß Schmutzablagung unter dem Fußboden der Wohnungen
verhindert wird.

Für die Umfassungswände, wenn sie ohne Holzzimmer-
ung ausgeführt werden, genügt eine Stärke von 20 cm.
Wo Fachwerk ohne Ausmauerung verwendet wird, ist
wenigstens einseitige feste Bekleidung (Zement, Gipsdielen,
Drahtputz) zu fordern. Die andere Wandseite kann dann
Bretterverkleidung erhalten, welcher auch Spalterlattenputz
gleich zu ersetzen ist.

Als Zwischenwände der einzelnen Wohnungen genügen
Bretterwände (Stützverchalung, auch ohne Verriegelung)
oder Putzwände (s. B. Druckprüfverfahren).

Die Abtrennung der Wohnungen von einander muß in
festem Material hergestellt werden, wozu auch Putz im
Druckprüfverfahren zu rechnen ist; es genügen 1/2 Stein
starke Wände, gegebenenfalls mit Eiseneinlage, oder eine
gleich zu errichtende Ausführung.

Massive Trennungswände ohne Öffnungen, wenn
auch nur in 1/2 Steinstärke, sind in eingeschlossenen Baracken,
mindestens zwischen je 2 Wohnungen vorzusehen. Zwei-
geschossige Barackenbauten müssen Brandmauern in Abständen
von mindestens 40 m. erhalten.

(Schluß folgt).

Weihnachten 1918.

Für kurze Frist laß nun die Sorgen schweigen
Und alle Angst und Herzensmüdigkeit,
Wenn heute freundlich wieder niedersteigen
Die lieben Träume deiner Kinderzeit,
Wenn sich in ihrer ganzen Wunderpracht
Aufs neue dir die Himmel öffnen werden,
Und wenn zur Wahrheit wird in heil'ger Nacht
Die Gnadenbotschaft: Friede sei auf Erden!

Vergiß die Schmerzen, die du stumm ertragen,
Und auch das Unrecht, das du dulden mußt,
Sei wieder froh wie in den gold'nen Tagen,
Da du noch nichts von Krieg und Leid gewußt.
Mach dich von allem Groll und Hader frei,
An die du schon so oft dein Herz verloren,
Denn sieh: daß Liebe immer in uns sei,
Ward uns zu Beistand das Heil geboren!

Und wenn auch rings auf weitem Erdenrunde
Der blinde Haß die Liebe niederzwang:
Lebendig blieb doch, was aus Engelsmunde
Den frommen Hirten einst die Sehnsucht sang.
Das stolze Wort, das starre Fesseln bricht,
Und das der Welt als Himmelstrost beschieden,
Lebendig blieb der Glaube an das Licht,
An Gottes Liebe und an Gottes Frieden.

Drum laß für kurze Frist die Sorgen schweigen
Und alle Angst und Herzensmüdigkeit,
Wenn wieder freundlich zu dir niedersteigen
Die lieben Träume deiner Kinderzeit,
Wenn sich in ihrer ganzen Wunderpracht
Aufs neue dir die Himmel öffnen werden,
Und wenn zur Wahrheit wird in heil'ger Nacht
Die Gnadenbotschaft: Friede sei auf Erden!

Friede auf Erden!

Noch nie waren diese drei Worte höchsten ethischen
Sehens von so tiefer leidvoller, hoffnungsloser
Bedeutung als heute am fünften Kriegesweihnachten.
Für das deutsche Volk steht das hehre Fest zwar unter
seinem glänzenden Stern, aber das Menschenmorden hat
nach vier für die Menschheit unendlich schweren
Kriegsjahren endlich ein Ende genommen. Vier lange
Jahre sind über die Erde Ströme von Blut geflossen,
viermal verhallte die Hosianna der Engel im Donner
der Kanonen, ein Meer von Leid, bitterste Not, schred-
liches Elend ward entfesselt, bis jetzt endlich das Fest
der Liebe als schönstes, mit heiliger Freude begrüßtes
Weihnachtsgeschehn die sicheren Ausblicke auf den Frie-
den bringt.

Das ist das Höchste, was uns unterm Weis-
nachtsbaum beschieden werden konnte. Auf unserem Christ-
baum brennt nur eine Kerze. Aber aus diesem zarten
Flämmchen dringt ein strahlendes Leuchten tief in un-
ser Herz — die Hoffnung und das Vertrauen auf die
wiederkehrende Liebe die aus den Trümmern unseres
verschütteten Glaubens an die Menschheit, aus dem na-
menlosen Elend neu erhebt. Friede auf Erden! Man
nahm es früher hin, ohne sich viel dabei zu denken;
wir wußten ja nicht, wie reich und glücklich wir waren.
Inzwischen sind wir durch die Schule der Not gegan-
gen und heute ist es eine tiefe Erkenntnis, laute
Glossen hören wir in vollen Tönen in uns klingen, wie
feierliche Choräle wallt es empor — die Liebe hört
nimmer auf, und deshalb muß es auch wieder Friede
werden, und es wird Friede.

Noch nie war der deutsche Weihnachtstisch so leer
wie diesmal, noch nie waren wir im Schenken und
Freudemachen so arm wie diese Weihnacht. Trotzdem
ist es vielleicht das schönste Weihnachtstisch, das wir
feiern, denn um unseren lichterlosen Raum strahlt die
Hoffnung, eine sichere Hoffnung, auf unseren leeren
Tischen liegt eine Zukunft in reicher Fülle und neben
der Erinnerung in schwarzen und grauen Blüten, die
Trauer und tapfer ertragene Verzicht, ungeheure Ar-
beitskraft umschließt, steht in lichterem Kleid eine neue,
schönere Zeit und geheimnisvoll raunt es aus dem
Schatten des dunklen Tannenbaums von dem Helldan-
ken der Tapferen und Mutigen, von einem Volke, das
auch im Unglück sein unerschütterliches Vertrauen auf
sich selbst und seine Zukunft nicht verliert.

Friede auf Erden! Was schadet es, daß wir mit
leeren Händen unter dem Baum stehen; in unseren
Herzen ist es hell und das ärmliche, gabenlose Weis-
nachtsfest wird das reichste, weil es uns das Glück des

Friedens wiederbringt, weil es uns die köstliche Ge-
wissheit gibt, daß unser Weg uns einer besseren Zu-
kunft entgegenführt, die wir uns im schwersten Kampfe
erlämpft haben, den es jemals gab.

Der lichterlose Baum, der leere Tisch, das lange
Weihnachtsmahl, sie wandeln sich zu stimmungsvollen
Kindern von Vergangenheit und Zukunft, in schlichten-
der Ergötlichkeit spricht das trauerbedrückte, in hei-
sem Dankesgefühl das heil' jeder Schicksalsphase ent-
gegensetzende Menschenherz in hoffendem Sehnen:
Friede auf Erden!

Ausblicke.

In einer sozialdemokratischen Versammlung in
Berlin, die der Reichskonferenz der Arbeiter- und Sol-
datenräte vorausging, erklärte der Volksbeauftragte
Ebert, daß die Regierung gewillt sei, die Wahl zur
Nationalversammlung auf einen früheren Zeitpunkt und
zwar auf den 19. Januar anzuberaumen. Inzwischen
hat die Reichskonferenz dem Regierungsvorschlag zuge-
stimmt, jedoch das deutsche Volk einen Monat früher, als
bisher angenommen ward, die Entscheidung über sein
künftiges Geschick treffen kann. Erst, wenn sich der
Nebel, der über unserer Zukunft lagert, wenigstens eini-
germaßen wieder gelichtet hat, kann auch die deutsche
Brust wieder freier aufatmen, auf der heute ein be-
klemmender, alle Tatkraft lähmender Druck lastet. So,
wie bisher, kann es nicht weiter gehen. Gewisserma-
ßen eine Umschreibung und Erläuterung dieses Schicksals-
mannes Wortes war die Rede, die der frühere Ober-
bürgermeister von Konstanz und jetzige bayerische Mini-
ster des Innern, Dietrich, kürzlich in Mannheim
gehalten hat. Deutschland befindet sich in einem Tief-
stand in seiner nationalen und politischen Lage. Nun ist
es ja ein sehr ungewöhnliches Beginnen, sich darüber
auseinanderzusetzen, wer an diesem Tiefstand schuld
ist. Aber die Auseinandersetzungen darüber werden uns
in Deutschland nicht erspart bleiben, weil wir ein Volk
von Kritikern sind und alles besser wissen, und weil
wir nicht begreifen, daß wir in solchen Situationen un-
sere Arbeit darauf verwenden müssen, zu sehen, wie wir
aus dem Tiefstand allmählich wieder hinauskommen.

Ueber gewisse Gründe werden wir uns auseinander-
setzen und zwar zunächst mit dem eigentlichen politischen
Grund. Wir haben in Deutschland mehrere Regierun-
gen gehabt. Wir haben Leute gehabt, die mehr oder
weniger verstanden haben, nach außen den Schein zu
erwecken, sie machten eine gute Politik. Wir haben aber in der deutschen Regierung vom 1.
August 1914 bis zum Zusammenbruch nicht einen ein-
zigen Mann gehabt, der Politik gemacht, nicht einen
Staatsmann. Der hat gefehlt. Daran sind wir
gescheitert, nicht am Militarismus! Militärische Neben-
regierung war da. Wir hatten aber keine Staats-
regierung, die der militärischen gewachsen war.
Staatsmänner gibt es nur alle 100 Jahre einmal. Und
wir haben keinen gehabt. Das ist der Grund unseres
Zusammenbruchs. Im Innern haben wir angefangen,
das Wirtschaftsleben mit Verordnungen — im
ganzen etwa 37 000, es können auch 10 000 mehr oder
weniger gewesen sein, es kommt nicht darauf an — zu
verbessern. Das Machen dieser Verordnungen ist eine
herrliche Sache, aber ihre Durchführung eine andere.
So haben wir so viel Verordnungen bekommen, daß
sich kein Mensch mehr auskennt. Das führt mit Not-
wendigkeit dahin, daß die Leute meinen, der Staat
kann seinen Willen nicht mehr durchsetzen. Wenn er
dies nicht mehr kann, dann ist er kein Staat mehr. Er
muß seinen Gesetzen Anerkennung verschaffen und den
einsperren, der sie nicht hält.

Ein weiterer Grund war der, daß das deutsche
Volk aus dem Kriege ein Erwerbsgeschäft ge-
macht hat. Jetzt bei der Demobilisierung erlebt man
es wieder, nur daß es jetzt eine andere Schicksal ist, die
sich hier bereichert auf unehrliche Weise. Jeder glaubt,
er komme bei der Verteilung der Beute zu kurz. Es
ist ein heillosen Zustand, der nicht ertragen
werden kann, daß sich ein Teil derjenigen Leute, die
nicht draußen waren im Felde, sondern sich als Kella-
miente in der Heimat befanden, am Vaterlande berei-
chern. Diese Dinge haben dann auch in den Organis-
mus des Heeres übergegriffen. Es sahen sehr viele in
der Gasse und machten ebensolche Geschäfte. In
der Heimat glaubte man, das Feldheer würde als
Herde zurückkommen, es ist aber als Heer gekommen.
Der die unseren gesehen hat, den muß es mit Stolz
erfüllen, daß sie so nach Hause kamen. Das war das
Kriegesvolk, wie wir es 1914 gesehen haben. Das sind
solche, die auch im Notfall handeln, wenn die Bewe-
gung sich gegen den Staat richtet.

Wir wenden uns daher der Frage zu: Was ma-
chen wir? Das ist die Hauptsache. Das ist der Wie-
deraufbau unseres Wirtschaftslebens. Wir
haben damit angefangen, daß wir die heimgekehrten
Leute beschäftigten. Wir haben damit angefangen, Pa-
piergeld zu machen. Man kann damit auch Arbeitslose
unterstützen und Beschäftigungslose bezahlen. Aber wir
laufen auf diese Weise immer mehr in den Abgrund
hinein. Deshalb müssen wir unsere Wirtschaft wieder
in Gang bringen. Wir haben in Deutschland nicht ge-
nügen Grund und Boden, um unsere Bevölkerung zu

ernähren. Wir haben nicht genügend Rohstoffe, um unsere Industrie zu beschleunigen. Wir können aber das Ausland nicht mit Papiergeld abspülen, das verlangt Gold. Nun haben wir im Deutschen Reich 2 Milliarden Gold. Für eine Milliarde wurde früher im Jahre Getreide gekauft. Gegenwärtig ist der Getreidepreis auf dem Weltmarkt dreimal so hoch, wie im Frieden. Wenn wir also Getreide kaufen wollten wie früher, dann würde das letzte Gramm von unserem Gold noch ausreichen, das Getreide für ein Jahr zu bezahlen. Dann sind wir eben am Ende. Es geht nur auf dem Wege, auf dem es früher gegangen ist, daß wir Waren produzieren.

Wir haben in Deutschland Zustände, die zur Sozialisierung drängen. Gewisse wirtschaftliche Unternehmungen kann man zusammenfassen in Staatsmonopole. Der preussische Staat hat damit den Anfang gemacht, indem er selbst Zechenbesitzer wurde. Mindestens so gefährlich wie das Großkapital der Ruhr ist das Großkapital der Berliner Großbanken. Es wäre gut, wenn man die kleinen Bankiers von einem noch hätte, statt des zentralisierten Kapitals, das Politik macht, und zwar gefährliche Politik. Ihre Macht muß eingebremst werden. Die Sparbanken müssen dafür mehr zum Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens kommen. Wenn die Industrie wieder zu arbeiten anfängt, muß sie wirtschaftlich arbeiten. Geht es der Wirtschaft gut, dann bekommen die Arbeiter gute Löhne; geht es aber der Industrie schlecht, so werden die Arbeiter schlechte Löhne bekommen.

Nun zum Mittelstand. Wenn man den Mittelstand wieder auf die Höhe bringen will, wird man dazu die höchste Kraft der Entschleunigung brauchen. Die Mittelständler müssen wieder aufstehen, denn wer jetzt nicht aufsteht, der wird zertreten. Der Mittelstand ist der Stand, den wir im Staat nicht missen können, denn wenn der Mittelstand verschwindet, dann wird die Beziehung zwischen denen ganz oben und den breiten Massen zu nahe und zu groß. Deswegen bin ich der Meinung, das Bürgerrecht sollte rechtzeitig begreifen, daß es aufstehen und sagen muß: wir sind auch noch da, wir sind ein Stück vom Staat und wollen unseren Platz behaupten, denn auf dem Bürgerrecht beruht ein gut Teil unserer Kultur. Wo Mittelstand ist, da ist städtisches Leben und Kultur. Deshalb muß der Mittelstand mitgehen am neuen Staat, damit er den Platz bekommt, der ihm von Rechts wegen gebührt und den er einnehmen muß, wenn der Staat nicht zugrunde gehen soll.

Wir stehen heute auf dem Boden des Freiheitskampfes und auf diesem Boden müssen wir arbeiten. Wir müssen bei den Wahlen zu den Nationalversammlungen vorsichtig zu Werke gehen, weil wir damit zugleich unsere Regierung schaffen. Deshalb ist das Wahlrecht heute dreimal so schwer und zehnmal so wichtig, wie früher und namentlich wichtig für die Frau, denn von dem Wahlrecht geht die Frage aus: wie wird der Staat künftig aussehen; werden wir alle mit ihm vorwärts kommen oder mit ihm zugrunde gehen. Wir brauchen Männer, Köpfe, Leute, die es auch einmal mit der Volksmeinung aufnehmen, denn die Meinung schwankt. Wir werden die letzten brauchbaren Köpfe hervorholen müssen, denn wir haben eine ungeheure Arbeit vor uns, Schwierigkeiten von einer Größe wie noch nie, seit das deutsche Volk besteht. Wir werden die Schwierigkeiten überwinden, wenn wir die Kraft haben, sie zu meistern mit Köpfen und Charakteren. Wir sind noch das Volk vom Jahr 1914, das Volk, das damals aufstanden ist wie ein Mann, um seine Existenz wieder zu erringen. Das Volk, das zusammengebrochen ist an inneren Fehlern. Dieses Volk wird eines Tages wieder aufstehen im Glauben an seine Zukunft.

Bolschewistisches aus Rußland.

Der Schriftleitung des „Dann. Kurier“ wurde kürzlich ein vom 5. August 1918 aus Moskau datierter Brief vorgelegt, dessen Verfasser, ein in amtlicher Stellung in Moskau tätiger Deutscher, ein Bild der russischen Ereignisse gibt, das wesentlich anders aussieht, als das uns von unserer Regierung damals ausgemalt. Aus den feindseligen Darlegungen veröffentlichen wir nachstehend einen Auszug, um zu zeigen, wie blind wir gegenüber dem bolschewistischen Charakter Rußlands waren.

Was der Verfasser des Briefes über die tiefgehenden Eingriffe in die Erb- und Eigentumsverhältnisse sagt, ist auch bei uns bekannt. Requisitionen sind die ultimo ratio für jede Art Enteignung. Kein Mensch ist mehr in seiner Wohnung, im Kontor oder auf der Straße sicher. Alle Banken sind geschlossen, alle Konten gesperrt. Auffallend ist dabei, daß gerade über letzteren Umstand nicht einmal ein solches Weltunternehmen wie die Deutsche Bank orientiert ist, das Zahlungen nach Moskau in Form von Kreditbriefen auf dortige — also geschlossene — Banken leistet.

In den Häusern regiert nicht mehr der Eigentümer, sondern das Haus-Komitee, ein Ausschuss der Mieter. Die Mieten werden als Steuern abgeführt, ein Interesse an Reparaturen hat niemand. Hunderte von Fabriken und sonstigen Unternehmungen stehen still, ohne daß ihre Verpflichtungen gegenüber den Arbeitern erfüllt sind. So wird aus dem Geschäftseigentum vertriebt, bis die letzte Kopete weg ist. Jeder Geldverleiher steht, die Wertpapiere sind annulliert, es gibt nur eine große Kasse- oder Reichsbank, die nur ganz kleine Beträge in monatlichen Zinsbills nach Art von Unterstellungen auszahlt. Jeder Börsenverleiher, jedes Valutageschäft gilt als Spekulation und wird mit sofortiger Verhaftung und mit dem Tode bestraft. Es darf niemand mehr als ein Zimmer bewohnen. Wer über mehr verfügt, erhält eine derartige Eingekerkelung, daß ihm sein Verrentum verweigert.

Nur der Proletariat hat Rechte, der Bürger wird bis aufs Blut gepeinigt und schließlich an die Wand gestellt. Lenin sagte in einer offiziellen Rede, er wolle die Bourgeoisie so peinigen, daß in zehn Jahren sich niemand mehr erinnern soll, was ein Bourgeois gewesen sei. Die Kinder der Wohlhabenden werden zu den gemeinsten Arbeiten herangezogen, in Petersburg müssen sie die Abfällabfuhr der Choleraerkrankten besorgen. Die Proletariatskinder aber erhalten auf Staatskosten jeden Sonntag Kuchen, werden umsonst auf Land geschickt, gehen gratis ins Kino etc. Das Telefon arbeitet auch nur für Proletariat. Selbst das deutsche Amt, das schwer für den Fernsprechanschluß zahlen muß, kann niemals eine Verbindung bekommen.

Die Regierung treibt eine offene, bewußte Sabotage gegen alle deutschen Forderungen und Interessen. Trotz, Schichtarbeit, Arbeit und wie diese Vorkriegszeiten

sonst hetzen, versprechen entweder alles, ohne das Gezielte zu halten, oder lächeln höhnisch über alle Beschwerden. Die deutschen Kapitalien liegen noch genau so fest wie die russischen. Unterhandlungen über Depotrückgabe und Entschädigung wurden einfach abgebrochen und nicht wieder aufgenommen. Deutsche Fabriken sind genau so nationalisiert, deutsches Eigentum genau so requiriert, wie russisches.

Der Terror ist erschreckend. Am Abend ist täglich um 4 Uhr früh Salvenschüsse auf die Opfer aus dem Bürgerstand. Der Reichsminister sah im Solofpark, wie ein Bolschewist seine beiden Geliebten am hellen Tage erschoss.

Die Deutschen gehen, da sie die Bolschewisten in den Sattel gehoben und mit ihnen Frieden gemacht, sie dadurch anerkannt haben, als mitverantwortlich an dem namenlosen Unglück. Die besseren Stände, die auf unser Eingreifen gerechnet hatten, haben sich ganz von uns abgewandt und sagen uns offen ihre Hoffnung ins Gesicht, daß wir demnächst als erste aus dem Lande fliehen. Aber auch die Bolschewisten misstrauen uns als kapitalistischem Staat und propagieren mit Hochdruck und unter Aufwendung bedeutender Kosten eine deutsche Revolution. So stehen wir Deutschen völlig isoliert da.

Auch das Kommissariat stellt nicht. Zunächst hat man den Jarenstamen Lächer um die Köpfe gewidert, damit sie die Welt nicht mehr betrachten könnten: jetzt werden sie von den Sowjets mit Niesenmühe heruntergeholt und zertreten, man glaubt in einem großen Irrenhaus zu sein. Inzwischen wählen Soldaten und Bauern im Papiergeld, Arbeiter und Anarchisten sitzen auf den ersten Plätzen in Theatern und Konzerten und zahlen für eine Wahlzeit 800, 1000 und 1500 Rubel. Bescheiden verkaufen Zeitungen oder Zigaretten auf den Straßen, ehemalige Offiziere in ihrer Uniform verkleiden die Prognose.

Es ist ein Elend im früheren Reich; ein Elend, das dreimal so groß ist, wie das in der „neuen Gesellschaft“. So steht Moskau heute aus.

Früherlegung der Wahlen.

In der Freitag-Sitzung des Reichstages des Reichstages der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, der in Berlin stattfand, wurde der Antrag Cohen-Reich, wonach die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar stattfinden sollen, mit großer Mehrheit unter starkem Beifall des Hauses und dem Widerspruch der Minderheit angenommen.

Der Schrei nach sofortiger Einberufung der deutschen Nationalversammlung, der mit elementarer Wucht täglich durch ganz Deutschland erschallte, mündete auch auf dem Reichstages der Arbeiter- und Soldatenräte ein Echo finden. Mit großer Mehrheit haben die Vertreter beschlossen, die Wahlen einen Monat früher als ursprünglich von der Regierung der Volksbeauftragten festgesetzt war, vorzunehmen zu lassen. Dieser Beschluß des Revolutionärsparlamentes wird ohne Zweifel bei der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes ein Gefühl befriedigender Erleichterung auslösen. Ist doch jetzt endlich das baldige Ende so vieler gescheiterter, unheilbarer Zustände, ein Ende dieses unheilvollen Durch- und Nebeneinanderregierens abzusehen. Neben der durch die Nationalversammlung einwirkenden innerpolitischen Klärung ist die außenpolitische ebenfalls von allgrößter Bedeutung. Nur mit der Nationalversammlung erhalten wir die Regierung, die den Willen des gesamten Volkes darstellt und deshalb auch nach der Ansicht unserer Gegner einzig und allein befugt ist, den für Deutschland so bitter nötigen Frieden abzuschließen. Über den Zeitpunkt zu den Wahlen kann man zwar auch heute noch verschiedener Meinung sein. Ohne jede Schwierigkeit hätte er früher gelegt werden können, denn was am 19. Januar technisch möglich ist, das wäre vierzehn Tage früher ebenso gut gegangen. Heute ist eben jeder Tag ohne gesetzmäßige Regierung von nicht absehbaren Folgen. Dennoch aber muß man der Nationalversammlung dank wissen, daß sie trotz der großen Schwierigkeiten, die ihr von Seiten einer mit den Mitteln des Terrors arbeitenden Minderheit gemacht werden, es durchgesetzt hat, den Termin einen Monat früher festzulegen. An dem deutschen Volke, an den Männern und den Frauen, ist es, demnächst mit dem Stimmzettel dafür einzutreten, daß noch größeres Unglück von unserm Vaterlande abgewandt wird und in Ordnung und Gesetzmäßigkeit der Aufbau des Deutschen Reiches ins Werk gesetzt werden kann.

Saases Ansicht.

Die „Freiheit“ veröffentlicht Erklärungen Saases, die dieser beim Empfang ausländischer Journalisten auf ihn gestellte Fragen abgab. Zu der Einberufung des Reichstages sagte er, daß von einer Erklärung des Reichstages keine Rede sein könne. Wenn die Notwendigkeit einer Einberufung damit begründet werde, daß der Reichstag die gegenwärtige deutsche Regierung nicht anerkenne, so müsse entgegengesetzt werden, daß Reichstag doch den Waffenstillstand mit den deutschen Abgeordneten abgeschlossen habe, nachdem sie erklärt hätten, daß sie im Auftrag der Regierung Ebert-Saase gekommen seien. Der Abschluß des Waffenstillstandes bedeute also die Anerkennung der Regierung. Nach internationalem Brauch werde jede Regierung als verhandlungsfähig anerkannt wenn sie im Besitze der tatsächlichen Macht sei. Dies müsse aber von der jetzigen Regierung ohne weiteres zugegeben werden. — Auf die Frage, ob in der Nationalversammlung mit sozialistischer Mehrheit zu rechnen sein werde, erklärte Saase, daß die industrielle Entwicklung Deutschlands, die Masse von Arbeitern und die politische und gewerkschaftliche Schulung der Arbeiterklasse die Vorbedingungen für die sozialistische Republik gäben. Jedenfalls sei anzunehmen, daß die rührige, politisch aufgeklärte Arbeiterklasse dann die größten Anstrengungen machen würde, um die Köpfe aufzuklären und dadurch für die Sozialdemokratie recht bald die Mehrheit der Bevölkerung zu gewinnen. Saase erklärte es mit Nachdruck für ausgeschlossen, daß etwa die Nationalversammlung gewaltsam auseinandergetrieben würde, falls die bürgerlichen Parteien die Mehrheit erhielten. Ferner antwortete er auf eine Anfrage, ob seine Ansicht für die Möglichkeit einer gemeinsamen Regierung von unabhängigen Sozialisten bestehe, die Macht der letzteren

würde nur zunehmen, wenn sich die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse derart verschlechterten sollten, daß die Arbeitermassen, an der gegenwärtigen Regierung verzweifeln, unter einer radikalen Gruppe Lust finden, um ihre Lage mit ihrer Hilfe zu verbessern. Wenn der Reichstag eine derartige Wendung nicht wünsche, so könne er an ihrer Verhinderung durch einen raschen Fortschritt und baldige Lebensmittelpreise mitwirken. — Über das Verhältnis zur Sowjetrepublik sagte er, daß die diplomatischen Beziehungen aufrechterhalten würden, wenn auch die von der früheren Regierung beigeführte Abberufung der diplomatischen Vertreter noch nicht aufgehoben sei. Ein Geheimvertrag zwischen der deutschen Regierung und dem Reichverband über das Verhalten zur Sowjetrepublik besteht nicht. Ohne den Ernst der Lage Deutschlands zu verkennen, äußerte Saase doch die Zuversicht, daß die Regierung der Sowjetunion Herr werde.

Zur Streikbewegung

im Ruhrrevier.

Über die Streikbewegung im Ruhrrevier wird aus Essen geschrieben: Der Zeilensstand der Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Es zeigt sich immer mehr, daß die Ausstandsbebewegung nur das Werk einzelner radikaler Elemente ist, die vor Gewaltmaßnahmen zur Erreichung ihrer Ziele nicht zurückschrecken. Einzelne Trupps ziehen von einer Schachanlage zur anderen und suchen die Belegschaften von der Einsatzt in die Grube abzuhalten. Die große Mehrheit der Bergarbeiter ist mit der Streikbewegung und den über alles Maß hinausgehenden Lohnforderungen keineswegs einverstanden. Die Werke haben auch ihr Möglichstes getan, um die Belegschaften zufriedenzustellen. In den zwischen den Vertretern der Bergarbeiterverbände und den Vertretern des Reichverbandes seit Anfang Oktober dieses Jahres gepflogenen Verhandlungen sind den Bergarbeitern erhebliche Lohnaufbesserungen zugesichert worden, die zum Teil ohne entsprechende Erhöhung der Kohlenpreise gar nicht durchführbar sind. Bei den unterirdisch beschäftigten eigentlichen Bergarbeitern, den Hauern, beläuft sich die Lohnerhöhung auf etwa 4 Mark für die Schicht, so daß im Januar ein Hauerdurchschnittslohn von mindestens 17 Mark erreicht sein wird. Von den Bergarbeiterorganisationen und der Arbeiterpresse des Ruhrreviers (mit Ausnahme der Freiheit, des in Wilhelm an der Ruhr neugegründeten Organs der Sparta-Gruppe) werden die Lohnforderungen — es werden Hauerschlachtlöhne von 20 Mark und mehr, ferner Beibehaltung der Schichtzeit auf sechs Stunden gefordert — entschieden mißbilligt. Die Bewilligung solcher unünftigen Lohnansprüche ist den Hauern auch einfach unmöglich. Eine Lohnerhöhung um 5 Mark für die Schicht, wie sie verlangt wird, würde beispielsweise bei der Harpener Bergbau-A.G., bei der im letzten Geschäftsjahr 9 665 164 Schichten verfahren wurden, einen Betrag von 48 000 000 Mark erfordern. Der Reingehalt betrug indes bei dieser Gesellschaft nur 13,8 Millionen Mark. Dabei ist zu berücksichtigen, daß auch die Verabschiedung der früher achtstündigen Schichtzeit auf acht Stunden wesentliche Mehrkosten verursacht. Bei einem Teil der Hauern ist schon jetzt festgestellt, daß sie im November keine Lebenshaltung mehr erzielen können. Wenn sich bis jetzt auch nur ein kleiner Teil der Belegschaften des Ruhrreviers im Ausstand befindet, so ist der dadurch bedingte Förderausfall doch recht erheblich, so daß Tausende von Arbeitern aus anderen Industriezweigen in Mitleidenschaft gezogen sind. Wenn dem unverantwortlichen Treiben der Streikführer nicht bald ein Ziel gesetzt wird, wird der Ausstand der Bergarbeiter unabsehbares Elend im Gefolge haben.

Die Streiks sind beigelegt.

(b.) Essen (Ruhr) 20. Dez. Sämtliche Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet sind durch Verhandlungen unter Mitwirkung der Arbeiter- und Soldatenräte in Essen beigelegt.

Zur inneren Lage.

Erzberger über den Völkerverbund.

In Berlin ist eine Liga für den Völkerverbund gegründet worden. Staatssekretär Erzberger führte als Einberufer und Leiter der Versammlung aus: Der Weltkrieg hat den Gedanken des Völkerverbundes aus einer literarischen Idee zu einer realpolitischen Forderung gemacht. Die tiefe Erschütterung der Menschheit hat diese hoffentlich endgültig von dem Gedanken geheilt, daß jedes Volk politische Fragen einseitig von seinem Gesichtspunkte aus behandeln müsse. Gegenüber der bisherigen Weltanarchie sei die einzige Rettung die Rechtsgemeinschaft der Völker und daher das für alle verbindliche Schiedsgericht der Angelpunkt des Völkerverbundes. Dies wird nicht zum Verlust der nationalen Eigenart führen und braucht sie nicht zu verwischen, sondern einzugliedern. Der Völkerverbund wird kommen, aber nur durch Gerechtigkeit, nicht durch Gewalt. Ein Völkerverbund ohne Deutschland würde eine dauernde Kriegsgefahr bedeuten. Der Anschluß eines 70 Millionen-Volkes aus dem Völkerverbund würde für die Menschheit die ernstesten Folgen haben. Mit Schmerz aber und mit Entsetzen sehe man, wie wenig Aufmerksamkeit die Deutschen der auswärtigen Politik schenken, während die westlichen Provinzen vom Gegner besetzt würden und das durch deutsche Kraft wieder ausgerückte Polen im Osten beweise, daß es Daulbarkeit in der Politik nicht gebe. Das Verhängnis für den Völkerverbund, das die Liga erwenden wolle, werde auch den Sinn für auswärtige Politik beleben.

Die Friedenskonferenz.

(*) Nach einer Washingtoner Meldung hat die deutsche Regierung durch Vermittlung der Schweiz von den Vereinigten Staaten rasche Mitteilung über das Datum und den Ort der Friedenskonferenz verlangt. In Paris rechnet man damit, daß die Vorbereitungen der Entente einen Monat ausfallen werden, so daß Anfang Februar die eigentlichen Friedenspräliminarien beginnen können, an denen Deutschland teilnehmen werde, auf Grund der von der Entente aufgestellten Vorbedingungen des Friedensschlusses.

Allerlei Nachrichten.

Die Lebensmittelversorgung.

In Hoover, der zurzeit in Paris weilt, hat nach London gebracht, daß Hochs Bedingungen zur Verlängerung des Waffenstillstandes über den Gebrauch von 2½ Millionen Tonnen Schiffsraum nicht, wie es in dem deutschen Bericht heißt, im Namen Hoovers, sondern im Namen der Alliierten bekannt gemacht wurden. Die Bedingungen lauten nicht, 2½ Millionen Tonnen ausschließlich für die Nahrungsmittelversorgung Deutschlands zu bestimmen, sondern es heißt einfach, daß diese Menge Schiffsraum unter Aufsicht des Verbandes zusammenzubringen sei.

Die Friedensfrage.

In. Nach einer Sabotage-Meldung wird der Friedensvertrag voraussichtlich im Juni 1919 in Versailles unterzeichnet werden. Wergeln Tage später findet der Einzug der Sieger durch den Pariser Triumphbogen statt.

Die Versenkungen.

In. Die englischen Alliierten bringen ein Telegramm aus Paris, demzufolge die Gesamttonnage der von den Alliierten versenkten Schiffe aller Nationen 15 053 785 Tonnen beträgt.

Eine Botschaft des Papstes.

(b.) Nach einem drahtlosen Bericht aus Lyon wird der päpstliche Vertreter in den Vereinigten Staaten, Monsignore Cerretti, Wilson besuchen. Er überbringt eine Botschaft des Papstes an den Präsidenten.

Wilson.

(d.) London, 20. Dez. Das Reuters-Büro erzählt, daß Präsident Wilson wahrscheinlich am 23. Dezember in London eintreffen wird.

(b.) London, 20. Dez. Der König wird den Präsidenten Wilson entweder im Palast Sandringham, wo der König das Weihnachtsfest zubringt, oder in London empfangen. Wahrscheinlich wird er sich zu diesem Zweck nach London begeben.

Wilson und Spanien.

(d.) Madrid, 20. Dez. Eine amtliche Note gibt bekannt, daß Wilson die Einladung der spanischen Regierung zu einem Besuche Spaniens abgelehnt, aber den Wunsch ausgedrückt hat, sich mit dem Grafen Romanones zu besprechen, der zur Unterredung mit Vertretern der englischen und italienischen Regierung sich gegenwärtig in Paris befindet.

Im Völkerbund und Meeresfreiheit.

(m.) Der republikanische Senator Nor erklärte im amerikanischen Senat, daß über die Bildung des Völkerbundes und die Festlegung des Begriffs der Freiheit der Meere große Meinungsverschiedenheiten bestehen. Er erneuerte daher seinen schon am 3. Dezember eingebrachten Antrag auf Aufschubung dieser Fragen bis nach der Friedenskonferenz. Er schlägt anstatt des Völkerbundes eine auf enger nationaler Grundlage beruhende Entente mit festumgrenzten Verpflichtungen vor. Die Vereinigten Staaten können für die Aufrechterhaltung des Friedens der Welt durch Aufstellung einer Art Monroe-Doktrin wirken, wonach die Bedrohung der Freiheit Europas auch eine Bedrohung Amerikas darstelle. Sollte von neuem eine solche Gefahr entstehen, so würden die Vereinigten Staaten mit ihren Freunden beraten und sich zum Eingreifen bereit halten.

Das amerikanische Friedensprogramm.

(b.) Daily News sagt, daß die grundsätzlichen Punkte der amerikanischen Friedensabordnung folgende seien: 1. Der Völkerbund müsse einen Teil des Friedensvertrages bilden. 2. Meeresfreiheit müsse einer der hauptsächlichsten Grundsätze sein, die durch den Völkerbund festgelegt werden, um es für die Vereinigten Staaten unmöglich zu machen, eine große Flotte zu halten, die Amerika gegen jede willkürliche Aktion irgend einer anderen Macht verteidigt. 3. Feststellung der gerechten Ansprüche gegen Deutschland; dabei sei zu bestimmen, inwieweit Deutschland begünstigt sein darf. 4. Während die Vorgesprächungen vertraulich sein dürfen, müssen die eigentlichen Verhandlungen der Friedenskonferenz öffentlich sein. 5. Alle Friedensbedingungen müssen zusammenkommen als Vertreter einer neuen Weltordnung und nicht als Gezieler. Jede andere Haltung würde einen Frieden bedeuten, der nur auf Zeit, woraus neue Kriege entstünden. Die amerikanischen Delegierten sind dafür, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, und zwar zunächst mit Probezeit.

Bukarest—Paris.

(d.) Der englische drahtlose Nachrichtenendienst meldet: Eine französisch-rumänische Kommission ist in Bukarest eingetroffen. Sie ist auf dem Wege nach Budapest und Wien, um einen direkten Bahnverkehr zwischen Bukarest und Paris einzurichten zu dem Zwecke, die Beförderung von Nahrungsmitteln und die Gefangenenerückkehr zu sichern, sowie eine direkte Verbindung zwischen Bukarest und Paris herzustellen.

Eine internationale Arbeiterkonferenz?

London, 20. Dezember.

(f.) Der parlamentarische Ausschuss des Gewerkschaftsbundes und der ausführende Ausschuss der Arbeiterpartei trafen, wie bereits berichtet, zur Besprechung der Maßnahmen für die beantragte internationale Konferenz zusammen, die zugleich mit der offiziellen Friedenskonferenz abgehalten werden soll. Die beiden Ausschüsse faßten den Beschluß, mit den Arbeiter- und sozialdemokratischen Parteien in anderen Ländern Verhandlungen zu treffen, um die internationale Konferenz anfangs Januar einuberufen. Die Ausschüsse hätten eine Konferenz in Paris den Vorrang gegeben, aber weil das unmöglich war, ist beschlossen worden, die Konferenz in einem neutralen Lande, wahrscheinlich in der Schweiz, einzuberufen. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der gefordert wird, daß alle Berichte und Artikel über die Friedenskonferenz, die zugleich mit dem Arbeiterkongress abgehalten wird, nicht unter Zensur stehen sollen.

Die besetzten Gebiete.

(b.) Die Regelung des gesamten Verkehrs zwischen den besetzten und unbesetzten Gebieten ist Gegenstand von augenblicklich schwebenden Verhandlungen. Es handelt sich um den Verkehr einschließlich Personen-, Transport- und Postverkehr zwischen dem besetzten Ge-

biet und dem übrigen Deutschland. Man hofft, die Verhandlungen Ende dieser oder Anfang nächster Woche zu einem glücklichen Ende führen zu können.

Aus dem besetzten Gebiete.

Die französische Zeit.

Ist nach einer Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten anzuwenden in dem ganzen Gebiet des Rainer Brückenkopfs für alle Dienstwege mit Ausnahme des Eisenbahndienstes, für welchen die deutsche Zeit die maßgebende bleibt.

Der Postverkehr mit den besetzten Gebieten.

* Kasete und Geldbriefe nach dem linksrheinischen Besatzungsgebiet sowie nach dem Gebiet der sogenannten Brückenköpfe werden von den deutschen Postämtern nicht angenommen. Gewöhnliche Briefe werden an einzelnen Stellen des unteren Rheinflusses noch befördert, jedoch ohne Gewähr. Elsaß-Lothringen ist für jede Art von Postverkehr mit Deutschland vollständig gesperrt. Dagegen ist nach Mitteilung der bayerischen Postverwaltung der Postverkehr zwischen der Pfalz und den anderen besetzten Gebieten, auch mit Elsaß-Lothringen, wieder aufgenommen worden.

Maßregelung Widerstandiger.

* Fingerbrück, 20. Dez. Der Gemeinde Mannbach war aufgegeben, 100 Zentner Heu für die Besatzungsarmee zu liefern. Die Ausführung des Auftrags wurde von den Landwirten verweigert. Daraufhin erhielt der amerikanische Befehlshaber die Ablieferungsmenge auf 200 Zentner mit sofortiger Lieferungssfrist. Die Gendarmerie mit Unterstützung von 20 amerikanischen Soldaten nahmen die 200 Zentner Heu nachts 2 Uhr zwangsweise weg. Die Führer von Mannbach hatten das Heu strafweise nach Perl zu fahren.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Entlassungsgelder der Truppen.

* Bezüglich der Entlassungs-, Marich-, Löhnungs- und Verpflegungsgelder gibt das Kontrollamt in Wiesbaden bekannt, daß in den Tagen vom 27. Dezember d. J. bis zum 5. Januar 1919 nur die Rummern von 701 bis 1400 zur Auszahlung gelangen.

Zum Kapitel A. und S.-Räte.

* Aus dem Rheingau, 21. Dez. Wie schon festgestellt, erkennen die Alliierten die Arbeiter- und Soldatenräte nicht an. Gleichbedeutend mit den Arbeiterräten sind die Bürger-, Handwerker-, Bauernräte usw. Es wäre demnach — wie in verschiedenen Zeitungen verlangt wird — endlich Zeit, daß die Behörden gegenüber den unverantwortlichen „Räten“ ein ernstes Wort reden und diese aus den Verwaltungskörpern entfernen. Ein Recht steht den Räten nicht zu.

Der Postverkehr.

* Aus dem Rheingau, 22. Dez. Bis auf weiteres sind zur Beförderung zugelassen:

a) Innerhalb des besetzten rheinischen Gebiets nur Briefe und Postkarten (also keine Telegramme und Ferngespräche);

b) zwischen dem besetzten rheinischen Gebiet und Elsaß-Lothringen (einschl. dem Gebiet von Saarbrücken) alle schriftlichen Mitteilungen, welche industriellen Verkehre betreffen;

c) für die nicht besetzten Teile Deutschlands nur die Korrespondenz, die Bezug auf Rohstoff- und Lebensmittelversendungen von Deutschland nach dem besetzten Gebiet hat. Diese Mitteilungen sind nur ausnahmsweise gestattet.

Alle anderen Arten von Postsendungen sind bis auf weiteres gesperrt. Die zugelassenen Sendungen sind sämtlich der Kontrolle unterworfen. Nicht zugelassene Mitteilungen werden aufgehalten und vernichtet.

Zu den Tumulten in Frankfurt.

* Frankfurt a. M., 21. Nov. Von den vor einer Woche bei den Wahlen in der Mainzer Landstraße durch Schüsse verletzten Personen sind bisher vier ihren Verwundungen erlegen. Ein Straßenbahnfahrer liegt noch schwer an einem Oberschenkelbruch darnieder. Alle Personen waren bei den Vorgängen unbeteiligt.

Ersparung von Rohlen.

* Oberhausen, 17. Dez. Die Befürchtung, daß in Folge der Besetzung des linken Rheinufers die Rohlennot bei uns in ein noch akuterer Stadium treten könnte, erscheint keineswegs unbegründet. Darum kann nicht angelegentlich genug auf eine Ersparung aufmerksam gemacht werden, die es ermöglicht, bedeutende Ersparnisse im Rohlenverbrauch herbeizuführen. Es sind dies die von den Penschud-Werken in Frankfurt a. M. hergestellten Rohlen-Spar-Platten, die bei jedem Brennmaterial (Steinkohlen, Braunkohlen, Koks und Holz) überall ohne Einbau sofort verwendbar sind, und mit denen, wie durch sehr sorgfältige Untersuchungen festgestellt wurde, eine Ersparnis an Heizmaterial von 30 bis 50% erzielt wird. Auch wurde konstatiert, daß bei ihrer Verwendung eine sehr große Röhrenherbplatte sich gleichmäßig erhitzt, sodaß sämtliche Zöpfe auf derselben gleichmäßig leuchten. Außerdem kann mit ihrer Anwendung das Ofen- oder Herdfeuer vom Abend bis zum nächsten Morgen erhalten werden, sodaß gewissermaßen jeder gewöhnliche Ofen zum Dauerbrenner wird. Das Prinzip, welches der Wirkung dieser Platten

zu Grunde liegt, ist an und für sich ein höchst einfacher, und darum ist es auch den Fabrikanten möglich, den Preis so billig zu stellen, daß die Anschaffungskosten gegenüber der Rohlenersparnis gar nicht in Betracht kommen. Mehrere städtische Ortskohlenstellen und andere Behörden haben sich der Einführung der Platten bereits angenommen. Wo keine Verkaufsstelle der Platten besteht, dorthin liefern die Penschud-Werke eine Probeplatte mit einer dazu passenden Länge franco per Post gegen Einsendung von 7 M. oder gegen Nachnahme.

Die Kriegsgewinnsteuer.

* Berlin, 23. Dez. Die Ankündigung einer neuen und verschärften Kriegsgewinnsteuer durch den Volksbeauftragten Landsberg bezieht sich nach den „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ darauf, daß aus dem großen Komplex der von Staatssekretär Schiffer bereits angekündigten Steuerpläne die Kriegsgewinnsteuer vorgezogen werden soll. Sie wird auf dem Verordnungsweg dekretiert werden, während die übrigen Steuern nach Möglichkeit von der Nationalversammlung als Gesetz beschlossen werden sollen. Die Verordnung dürfte in der nächsten Zeit erscheinen. — Wie die „Tägl. Rundsch.“ von dem Reichschatzamt nachstehenden Finanzkreisen hört, wird in eingeweihten Kreisen der Betrag der Vermögensabgabe auf 30 bis 50 Milliarden M. geschätzt.

Schmerzliches Wiedersehen.

* Kassel, 18. Dez. Generalleutnant Waldorf, bisher Kommandeur der 52 Reserve-Infanterie-Division, der nach mehrjähriger Abwesenheit im Felde gestern, von Frankfurt a. M. kommend, auf dem hiesigen Bahnhof eintraf und dort von seiner Gattin erwartet wurde, erlitt beim Aussteigen aus dem Zuge, gerade als ihn seine Gattin begrüßen wollte, vor Freude des Wiedersehens einen Herzschlag und starb auf der Stelle in den Armen seiner Frau.

Wiederankündigung bezugscheinfreier Ware.

Bisher war es verboten, zu Zwecken des Wettbewerbs in Zeitungsanzeigen oder anderen Bekanntmachungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt waren, insbesondere durch Bekanntmachungen in den Schaufenstern oder in sonstigen Geschäftsräumen, in einer für die Öffentlichkeit erkennbaren Weise auf die Bezugscheinfreiheit oder die Bezugscheinregelung hinzuweisen. Dies Verbot ist erfolgt, um in Anbetracht der damals bestehenden Knappheit unserer Vorräte an Textilwaren, jeden Anreiz zu unnötigen Käufen zu vermeiden. Infolge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse und angesichts der neuemwerten Ausbeutung der Textilindustrie erscheint die Aufrechterhaltung dieses Verbots heute nicht mehr notwendig. Vom Reichswirtschaftsamt ist deshalb die Aufhebung des § 11a der Warenverkehrs-Verordnung verfügt worden.

Wie die Revolution vorbereitet wurde.

* In einer Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrats in Magdeburg ergab die der Führer der Unabhängigen, das Exekutivmitglied Vater: „Und ist diese Revolution nicht überraschend gekommen, seit dem 25. Januar d. J. haben wir den Umsturz systematisch vorbereitet. Die Arbeit war schwierig und gefährlich zugleich, wir haben sie mit vielen Jahren Suchens und Gefühls bezahlt. — Die Partei hatte eingesehen, daß die großen Streiks nicht zur Revolution führen, es mußten daher andere Wege beschritten werden. Die Arbeit hat gekostet. Wir haben unsere Leute, die an die Front gingen, zur Fahnenflucht veranlaßt; die Fahnenflüchtigen haben wir organisiert, mit falschen Papieren ausgestattet, mit Geld und unterschriebenen Flugblättern versehen. Wir haben diese Leute nach allen Himmelsrichtungen, hauptsächlich wieder an die Front geschickt, damit sie die Frontsoldaten bearbeiten und die Front zermürben sollten. Diese haben die Soldaten bestimmt, aberzulassen; und so hat sich der Zerfall allmählich, aber sicher vollzogen.“

Folgen des Krieges. Petersburg macht den Eindruck einer sterbenden Stadt, so schreibt Kancowski in der Zeitung „Ruski Wist“. Straßen und Gassen sind mit Schmutz bedeckt. Nichts wird ausgeführt. Rings der großen Verkehrsadern erblüht das Auge eine riesige Anzahl geschlossener und verriegelter Türen. Gleichzeitig sind andere Geschäfte in großer Zahl angeknallt worden, in denen kostbare Gegenstände verkauft werden, die aus reichen Häusern und Palästen stammen. Petersburg ist erschüttert ruiniert. Von den Menschen dort leben, das weiß der liebe Himmel. Auf den Straßen wird aller mögliche Kramhandel getrieben. Frauen und Kinder ernähren sich zum Teil durch Zeitungverkauf. Besonders schwierig ist die Lage der Wissenschaftler und Professoren. Der in ganz Europa bekannte Zoologe Professor Schinkewitsch, der 30 Jahre lang fleißig und systematisch an der Zusammenstellung seiner Bibliothek gearbeitet hat, hat diese für die unbedeutende Summe von 16 000 Rubel verkauft, von denen er ungefähr 5 Monate lang leben kann. Rarow, der frühere finnische Ministerstaatssekretär und frühere Vizekanzler der Helsingforsker Alexander-Universität, arbeitet mit ruhiger und bescheidener Würde, die einen vortrefflichen Eindruck macht, hinter einem Zedentisch, denn er hat noch keine Pension bekommen. Ein Gardeoberst A. tritt in Ainos auf, wo er die Balalaika spielt. Schwer haben es auch die Angehörigen des Zeitungsberufs infolge der zahlreichen Einziehungen von Blättern, des Anzeigenerbotts und der fast völligen Unmöglichkeit, ihre alten Abonnenten zu behalten, da der größte Teil von Rußland ohne Postverbindung ist.

Zwei Verbote. In einer regnerischen Nacht hatte, so erzählt der Pariser „Greller“, ein einsamer Reisender auf einem kleinen Bahnhof den Zug vermisst. Er begab sich in den Wartesaal und schloß sich an, um sich die Zeit etwas zu vertreiben, eine Zigarre zu rauchen. Schon stürzte ein Beamter auf ihn zu, der mit drohend erhobenem Zeigefinger auf ein Plakat hinwies, das über dem Kamin angebracht war: „Rauchen verboten.“ „Ich nehme an“, sagte der Reisende, „daß dieses Verbot nicht so ganz streng befolgt wird?“ „In der Tat, mein Herr“, erwiderte der Beamte, „es wird auch nicht mehr befolgt, wie dieses andere.“ Und damit zeigte er auf ein zweites Plakat, das nicht weit von dem ersten an der Wand hing: „Es ist den Beamten verboten, ein Trinkgeld zu nehmen.“ Man braucht kaum noch hinzuzufügen, daß diese beiden Verbote — gleichermäßen übertreten werden. ...

Anzeigen

für die jeweilige Nummer des „Rheingauer Bürgerfreund“ bitten wir bis abends 6 Uhr vor dem Erscheinungstage bei uns einzureichen. Spätere Zusendungen müssen, abgesehen von dringenden Fällen, für die nächsterfolgende Nummer zurückgestellt werden.

Die Expedition.

Die Zinsen von Schuldscheinanlehen

werden von heute an gegen Vorlage der Schuldscheine ausbezahlt.

Kassenstunden nur an Werktagen morgens von 8—12¹/₂ Uhr.

Wegen der Inventur bleibt unsere Kasse am

Dienstag, den 31. Dezember geschlossen.

Geisenheim, den 21. Dezember 1918.

Vorstand & Kreditverein in Geisenheim

eingetr. Genossensch. mit beschr. Haftpf.

Vors. Schlüter.

Bilanz

des

Johannisberger-Winzer-Vereins e. G. m. u. H.
pro Jahr 1917/18.

Aktiva.

1 Kassenbestand am Jahreschluss	Mk. 118.49
2 Kundenkonto für Wein	37.703.33
3 Sonstige Forderungen	1.063.72
4 Lagerkonto	500.—
5 Immobilien, Mobilien und Fälscherkonto	19.502.—
	Mk. 58.887.54

Passiva.

1 Geschäftsanteilekonto für Mitglieder	Mk. 4.050.28
2 Gläubigerkonto	42.990.32
3 Ausgabekonto für Verwaltung	6.835.20
4 Reiserücklagenkonto	1.946.38
5 Gewinn pro 1917/18	3.065.36
	Mk. 58.887.54

Mitgliederzahl am 30. Juni 1917 . . . 39

Zugang 1

Abgang 3

Mitgliederzahl am 30. Juni 1918 . . . 36

Für die Richtigkeit

Johannisberg, den 22. Dezember 1918.

Der Vorstand:

Georg Frey H. Karl Jakob Faust. Carl Molitor.

Meinen Deutschen Mitbürgern zur Nachricht, daß ich hier eine

Küferei

errichtet habe für Holz- und Kasserarbeit und übernehme alle in dieses Fach einschlagenden Arbeiten.

J. B. Götter,

Geisrich, Rheinstraße 14.

Steintöpfe

für Haus und Garten u. Raben etc. empfiehlt in großer Auswahl
E. Fellmer, Eisenhandlung, Eltville a. Rh.

Claud. Schmitt,

Bildhauer,

Geisenheim am Rhein

empfehlen sich in

Anfertigung von Grabdenkmälern,

Figuren, Büsten,

Reliefs, Grabbeinhaltungen usw.

Moderne Grabdenkmäler nach eigenen Entwürfen.

Gediegene saubere Ausführung, billige Preise.

Abreißkalender für 1919

vorrätig

Buchdruckerei des „Rheingauer Bürgerfreund“, Geisrich.

Atelier für mod. Fotografie

Schusterstr. 28 MAINZ Schusterstr. 28

Moderne Fotos, Fotoalben, Gruppenbilder, Heimaufnahmen
Vergrößerungen nach jedem Bild. Grosses Lager in
Brochen und Anhängern, Aufnahmen dazu gratis.

12 Postkarten v. Mk. 2.50 an, 12 Fotos 75 Pfg. 12 Fotos Mk. 1.50.

Reisealbumbilder in sofort. Ausführung.

betriebe bei jed. Witterung, bis abends 11 Uhr, Sonntags v. vorm. 10 bis mitt. 2 Uhr geöffnet.

Elektr. Kopieranstalt, Entwickeln von Film u. Platten u. Abzüge
auch fürs Feld.

Ich habe mich in **Eltville** als

Rechtsanwalt

niedergelassen. Meine Kanzlei befindet sich

Rheingauerstrasse 18,

Ecke Schwalbacherstrasse.

Dr. Robert Rosenthal,

Rechtsanwalt, früher Wiesbaden.



Hotel Marcobrunn,

Erbach, am Bahnhof,

empfehlen im Auschank

Glühwein, (Glas 2/10 Str.)

50 Pfg.

ferner wieder **Glasbier.**

Während der Feiertage Verkauf

Aber die Straße.

Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme
bei dem Hinscheiden unseres lieben Vaters und
Onkels,

Herrn Anton Allendorf,

sagen wir hiermit allen unseren herzlichsten Dank.
Ganz besonderen Dank den barmherzigen Schwestern
für ihre jahrelangen Mähen. Vielen Dank dem
Kriegerverein und dessen Veteranen, sowie auch für
die zahlreichen Kranz- und Blumen Spenden.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Heinrich Allendorf.

Winkel, den 21. Dezember 1918.

Ellämsche Bankgesellschaft

Filiale Mainz.

Aktienkapital Mk. 20 000 000.

— Statut Nr. 52 und 91 —

Bergierung von Spargeldern zu
günstigen Zinssätzen.

An- und Verkauf von Wertpapieren.

Ausführung sämtlicher in das Bankfach einschlagenden
Geschäfte.

Verschwiegenste u. zuverlässigste Erledigung
aller Angelegenheiten.

Institut für vornehme Ehevermittlung.

Frau Ella Tischler, Wiesbaden

Grabenstrasse 2^a. — Telephon 3973.

J. & G. ADRIAN

Königliche



Holzpelleure

WIESBADEN

Bahnholstrasse 6. Fernspr. 55 u. 6223.

Möbeltransporte von und nach allen

Verpackung -: Assecuranz

Moderne Möbel-Lagerhäuser

Spedition -: Rollfuhrwerk

Impregnierte u. transportierte Weinbergspfähle,

runde und gefägte

Stickel,

1,25, 1,50 u. 1,75 Mt. lang,

Baumpfähle,

2 bis 3,50 Mt. lang,

empfehlen

Gg. Jos. Friedrich,

Geisrich i. Rhg.

— Telephon 70. —

Tüchtiger Hofmann

für 3—4 Morgen Weinberge
zum Jahresbau gesucht. Event.
auch ein Pflanzacker dazu.

Näheres in der Expedition
dieses Blattes.

Deutscher Schäferhund

auf den Namen „Alto“ hörend,
entlaufen.

Wiederbringer erhält gute
Belohnung.

Borchardt,

Haus Brandenburg,

Rüdesheim a. Rh.

Einfamilienhaus,

möglichst mit Garten, zum 1.
April 19 zu mieten event. zu
kaufen gesucht.

Ingenieur Rupp,

Niederwalluf, Schöne Aussicht 20.

Piano's

stimmt und repariert

Wilh. Müller, Mainz

Kgl. Spanischer und Luxemburger

Hof-Piano-Fabrik.

Geogr. 1843, Tel. 44, Münsterstr. 2

Eine hochwürdige schwere

Fahrkuh

steht zu verkaufen. Wo, sagt
die Expedition d. Btg.

Eine Fahrkuh

und ein junger

Fahrochs

zu verkaufen bei

Landwirt Joseph Kopp,

Neudorf, Rheingau.

Die
reichhaltigste,
interessanteste und
gediegenste

**Zeitschrift für jeden
Kleintier-Züchter**

ist und bleibt die

vornehmste

Tier-Börse

BERLIN SO. 16

Chausseestrasse 71.

In der Tier-Börse finden
Sie alle Wissenswerte über
Geflügel, Hunde, Zimmer-
vögel, Kanarienvögel, Ziegen,
Schafe, Bienen, Aquarien
usw. usw.

Abonnementspreis

Bei der Post bestellt

pro Quartal f. Selbstabholer

nur 1,10 Mk.,

frei ins Haus nur 1,22 Mk.

Erstklassig, Inseratvergnügen.

Inserate zu Originalpreisen

behalten, die Ex-

ped. d. Zeitung.

Verlangen Sie Probehefte, Sie

erhalten dieselben gratis.

Ein reiches

Hausmädchen

für sofort oder später gesucht.

Näheres durch den Verlag

d. Btg.

Ein junger guter

Fahrochs

steht zu verkaufen bei

Peter Orth, Geisrich,

Stederweg 20.

Ein guter

Fahrochs

zu verkaufen, guter Gänger
im Alter und Weinberge ohne
geführt, bei

Gg. Jos. Bug, Hallgarten.

Eine junge

Milchkuh,

(Simmentaler)

zu verkaufen.

Hallgarten, Hauptstraße 19.

Junger verheirateter

Gärtner

sucht Stellung als Herrschafts-
gärtner. Erfahren in Topf-
pflanzen, Landschaft, Baum-
schule und Gemüsebau. Prima
Zeugnisse gern zu Diensten.

Offerte mit Gehaltsangaben
an die Geschäftsstelle.

Sehr beliebt

In allen Frauenkreisen und in
der Zeit der Kleiderknappheit be-
sonders wertvolle Helfer sind:
das **Favorit-Moden-Album**,
das **Favorit-Jugend-Moden-
Album**, das **Favorit-Hand-
arbeits-Album**,

nur je 1 Mk., postfrei 1 Mk. 10 Pfg.
der Internat. Schnittmanu-
faktur, Dresden-N. 8.

Nach Favorit-Schnittmustern zu
schneiden ist sparsam und leicht.
Alles sitzt und zeigt von gutem
Geschmack.

Besonders zu empfehlen:
Köster, Praktische Anleitung,
Pantoffeln und Hausschuhe aus
allerlei Resten selbst herzu-
stellen, nur 75 Pfg., postfrei
80 Pfg.

Köster, Das praktische Flickbuch,
nur 75 Pfg., postfrei 80 Pfg.
Wie man aus alten Kleidern neue
herstellt, nur 60 Pfg., postfrei
65 Pfg.

Cigarren

in jeder Preislage, ein gross
und ein detail, sowie garantiert
reinen Tabak zu haben bei

J. Hennemann,

Winkel am Rhein,

;; Taunusstraße 1 ;;

Evangelische Kirchen-Gemeinde

des oberen Rheingaus.

Mittwoch, den 25. Dezbr. 1918

1. hl. Weihnachtstag.

10 Uhr vorm. (deutsche Zeit):

Gottesdienst in der Pfarr-

kirche zu Erbach, Beichte u.

hl. Abendmahl.

4 Uhr nachm.: Gottesdienst,

Beichte und hl. Abendmahl

in der Heilandskirche zu

Niederwalluf.

Donnerstag, d. 26. Dez. 1918

2. hl. Weihnachtstag.

10 Uhr vorm.: Christbaum

und Krippe, Liturg. Weih-

nachtsfestspiel von Barner

Wederling in der Christus-

kapelle zu Eltville.

4 Uhr nachm.: Dasselbe in

der Heilandskirche zu Nieder-

walluf.

Evangelische Kirchen-Gemeinde

Geisrich.

Mittwoch, den 25. Dezbr. 1918

1. hl. Weihnachtstag.

8¹/₂ Uhr vorm.: Beichte und

Feier des hl. Abendmahls in

Geisrich

9 Uhr vorm.: Gottesdienst in

Geisrich

11¹/₂ Uhr vorm.: Gottesdienst

in Erbach.

Donnerstag, d. 26. Dez. 1918

2. hl. Weihnachtstag.

9 Uhr vorm.: Gottesdienst

in Geisrich.

11¹/₂ Uhr vorm.: Gottesdienst

in Erbach; im Anschluß

an den Gottesdienst Beichte

und Feier des hl. Abend-

mahls.

NB. Die angezeigte Zeit ist die

alte Zeit.